

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Soziales und Senioren
Herrn Michael Paetzold

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Thomas Hegenbarth

Lisa Gerlach

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 11.03.2019

AN/0307/2019

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Soziales und Senioren	14.03.2019

Solidarity City Köln: Kann Köln Teil der europäischen Solidarity Cities werden?

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

die Antragssteller bitten Sie, folgende Anfrage in die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren aufzunehmen:

Das Städte-Netzwerk „Solidarity Cities“ ist ein Zusammenschluss von Bürgermeister*innen und setzt sich für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ein. Im Januar dieses Jahres ist auch Berlin mit dem regierenden Bürgermeister Michael Müller dem Netzwerk beigetreten, dem außerdem Städte wie Athen, Zürich, Mailand, Nikosia, Leeds, Wien, Leipzig und viele weitere angehören.

Das Netzwerk geht davon aus, dass gerade Städte eine wichtige Rolle in der Bewältigung der neueren Fluchtbewegungen spielen. Während der Hafenblockaden durch Italien oder Spanien hatten sich etwa Städte aus dem Netzwerk zur Aufnahme der konkret auf den Schiffen ausharrenden Menschen bereiterklärt. Statt nur in nationalem und europäischem Rahmen plädiert das Solidarity-City-Netzwerk für mehr politische Gestaltung aus den großen Städten heraus, die bereits in der Vergangenheit den Hauptteil der praktisch vollzogenen Aufnahme- und Integrationsarbeit geleistet haben. Unter den Netzwerk-Städten findet ein Austausch von Informationen und Expertisen zum Thema statt. Die Teilnehmer*innen werben eigenständig direkte Finanzierungen für Städte zur Schulterung der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ein und unterstützen sich gegenseitig in dieser Politik.

Die Kölner Oberbürgermeisterin erklärte sich zusammen mit Bonn und Düsseldorf bereits im letzten Jahr zur Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten bereit. Dieser Beschluss wurde durch den Ratsantrag „Köln nimmt Geflüchtete aus der Seenotrettung im Mittelmeer auf“ noch einmal be-

kräftigt. Das Städte-Netzwerk „Solidarity City“ verfolgt jedoch noch weitere Ziele, weshalb eine Mitgliedschaft der Stadt Köln erstrebenswert wäre. In einer Solidarity City sollen Menschen unabhängig von Aufenthaltsstatus und sogenannter „Bleibeperspektive“ in die Stadtgesellschaft aufgenommen werden. Ziel ist, dass Menschen frei und ohne Furcht vor Abschiebung in der Stadt leben können und die Städte konkrete Maßnahmen einleiten, um die gleichberechtigte Teilhabe aller ihrer Einwohner*innen unabhängig von deren Aufenthaltsstatus sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Plant die Stadt bereits eine Mitgliedschaft im internationalen Städtenetzwerk „Solidarity Cities“, und wenn nicht: Warum nicht?
2. Welche Maßnahmen müssten erfolgen, damit die Stadt zu einer „Solidarity City“ wird?

gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach